Stand: 19.05.2024 12:38:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15389

"Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/15389 vom 23.01.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17276 des SO vom 13.06.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17570 vom 02.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 02.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die langfristige Absicherung der Familienpflege in Bayern zu berichten. Hierzu gehören insbesondere folgende Fragen:

- Ist der Landeszuschuss für die Familienpflege im Rahmen des Netzwerks Pflege an die tatsächliche Entwicklung der Personalkosten angepasst? Falls nein, welche Erhöhungen des Landeszuschusses sind in den kommenden Jahren geplant?
- Sind die Vergütungssätze der Krankenkassen für die Fachleistungsstunden in der Familienpflege kostendeckend? Falls nein, wie kann die Staatsregierung die Verhandlungen um eine kostendeckende Vergütungsvereinbarung mit den Krankenkassen auf Landesebene unterstützen?
- Setzt sich die Staatsregierung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden für eine flächendeckende Unterstützung der Familienpflege mit freiwilligen kommunalen Zuschüssen ein?
- Setzt sich die Staatsregierung im Bund für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Familienpflege auch bei den bisher freiwilligen Leistungen bei ambulanter Krankenbehandlung, bei einem Hospizaufenthalt oder bei chronischen Erkrankungen eines Elternteils ein?
- Setzt sich die Staatsregierung für die gesetzliche Regelung eines Schiedsverfahrens in den Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Trägern der Familienhilfe ein?
- Startet die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Regelungen im SGB V?

Begründung:

Die Familienpflege in Bayern leistet für Familien in Krisensituationen eine wichtige und unverzichtbare Unterstützungsarbeit. Bei schwerer Erkrankung eines Elternteils, ist sie eine unverzichtbare Hilfe für viele Familien mit Kindern. Durch den Einsatz von qua-

lifizierten Fachkräften werden Familien in Krisen stabilisiert und Folgeschäden bei Kindern vermieden. Rechtzeitige und umfassende Hilfe ermöglicht eine schnellere Gesundung des kranken Elternteils und entlastet den anderen, arbeitenden Elternteil. Die Weiterführung der Familienpflege muss deshalb durch eine bedarfsorientierte und kostendeckende Förderung langfristig sichergestellt werden.

Der Landeszuschuss pro Vollzeitstelle in der Familienpflege in Höhe von 6.800 Euro jährlich, wurde seit 2007 nicht mehr an die tatsächliche Entwicklung der Personalkosten angepasst und muss deshalb deutlich erhöht werden. Nur so lassen sich die steigenden Kosten ausgleichen und die Leistungen der Familienpflegerinnen und -pfleger angemessen vergüten. Gegenwärtig gleichen die Familienpflegeeinrichtungen ihr strukturelles Defizit u.a. durch Verzicht auf tarifliche Gehaltserhöhungen und Jahressonderzahlungen aus. Eine Fortsetzung der Niedriglohnpolitik wird den jetzt schon bestehenden Fachkräftemangel im Bereich der Familienpflege weiter verschärfen. Die Qualität der Leistungen in der Familienpflege wäre so akut gefährdet.

Die Vergütungssätze der Krankenkassen für die Fachleistungsstunden in der Familienpflege sind nicht kostendeckend. Der gegenwärtige Satz von etwas über 21 Euro pro Fachleistungsstunde müsste auf rund 35 Euro erhöht werden, um die tatsächlichen Kosten zu decken. In den Verhandlungen zwischen Trägern und Kassen ist es bisher nicht gelungen, zu einer akzeptablen Gebührenvereinbarung zu kommen. Die Staatsregierung muss deshalb an die Krankenkassenverbände in Bayern appellieren, Vergütungssätze anzubieten, die den Fortbestand der Familienpflege langfristig sichern. Angesichts der hohen Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen, ist es unverständlich, dass Familien im Krankheitsfall nicht ausreichend versorgt werden und Familienpflegedienste aufgrund der geringen Vergütung um ihr Überleben kämpfen müssen.

Auch die Städte, Landkreise und Gemeinden profitieren von den Leistungen der Familienpflege. Familienpflege wirkt präventiv und hilft Kosten in der Jugendhilfe zu vermeiden. Einige Kommunen beteiligen sich deshalb mit freiwilligen Zuschüssen an der Förderung der Familienpflege. Von einer flächendeckenden kommunalen Hilfe für die Familienpflege sind wir in Bayern allerdings noch weit entfernt. Die bayerische Staatsregierung muss sich deshalb in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden für eine flächendeckende Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung der Familienpflegedienste einsetzen.

Gegenwärtig besteht nur bei stationärer Behandlung und rund um die Schwangerschaft ein gesetzlicher Anspruch auf Leistungen der Familienpflege. Bei ambulanter Behandlung, chronischen Erkrankungen oder einem Hospizaufenthalt, ist die Familienpflege lediglich eine freiwillige Leistung der Krankenkassen. Diese freiwillige Leistung haben die gesetzlichen Krankenkassen in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Der gesetzliche Anspruch auf Familienpflege muss deshalb auch auf die ambulante Behandlung eines schwer erkrankten Elternteils ausgedehnt werden. Familien mit Kindern brauchen bei Krankheit des erziehenden Elternteils einen umfassenden gesetzlichen Anspruch auf Familienpflege bzw. Haushaltshilfe. Hierfür ist eine Änderung der gesetzlichen Grundlage in §38 SGB V erforderlich. Die Staatsregierung muss sich mit einer Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs einsetzen. Außerdem sollte bei einem Scheitern der Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Familienpflegediensten ein Schiedsverfahren gesetzlich verankert werden.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 16/15389

Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Maria Scharfenberg**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 25. April 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 220. Sitzung am 13. Juni 2013 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 13. Juni 2013 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/15389, 16/17276

Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die langfristige Absicherung der Familienpflege in Bayern zu berichten.

Hierzu gehören insbesondere folgende Fragen:

- Ist der Landeszuschuss für die Familienpflege im Rahmen des Netzwerks Pflege an die tatsächliche Entwicklung der Personalkosten angepasst? Falls nein, welche Erhöhungen des Landeszuschusses sind in den kommenden Jahren geplant?

- Sind die Vergütungssätze der Krankenkassen für die Fachleistungsstunden in der Familienpflege kostendeckend? Falls nein, wie kann die Staatsregierung die Verhandlungen um eine kostendeckende Vergütungsvereinbarung mit den Krankenkassen auf Landesebene unterstützen?
- Setzt sich die Staatsregierung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden für eine flächendeckende Unterstützung der Familienpflege mit freiwilligen kommunalen Zuschüssen ein?
- Setzt sich die Staatsregierung im Bund für eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Familienpflege auch bei den bisher freiwilligen Leistungen bei ambulanter Krankenbehandlung, bei einem Hospizaufenthalt oder bei chronischen Erkrankungen eines Elternteils ein?
- Setzt sich die Staatsregierung für die gesetzliche Regelung eines Schiedsverfahrens in den Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Trägern der Familienhilfe ein?
- Startet die Staatsregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung der einschlägigen Regelungen im SGB V?

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das war das gesamte Hohe Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Bericht über die Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gap in Bayern!
 Drs. 16/13749, 16/17277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Musik!
 Drs. 16/13750, 16/17261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunft der Vormundschaftsvereine
 Drs. 16/13944, 16/17262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann, Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Bedarf an Krankenhaushygienikerinnen und -hygienikern im Freistaat Bayern decken (I):
Weiterbildungseinrichtungen und -ermächtigungen sicherstellen
Drs. 16/14241, 16/17484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

5. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Annemarie Biechl u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde u.a. und Fraktion (FDP)
Rahmenbedingungen für haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern!
Drs. 16/15155, 16/17028 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

6. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen
Drs. 16/15343, 16/17292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern
Drs. 16/15389, 16/17276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Winter, Martin Bachhuber u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP) Förderung der Familienpflege entsprechend ihrer sozial- und familienpolitischen Bedeutung erhalten!
Drs. 16/15479, 16/17282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Umsetzung des Anliegens des Bundestags durch die Bundesregierung für einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung
Drs. 16/15549, 16/17031 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☐	☒

10. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD) Studie zur Wirksamkeit von familienpolitischen Leistungen
Drs. 16/15613, 16/17033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Markus Rinderspacher SPD Aufnahme der „Forstlichen Dienstleistungen“ in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
Drs. 16/15699, 16/17034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Martin Runge, Margarete Bause, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorstößen zur Liberalisierung und/oder Privatisierung der Wasserversorgung entgegenzutreten
Drs. 16/15709, 16/17289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbesserungen bei der Einbürgerung von Kosovaren
Drs. 16/15742, 16/17293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

14. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Eisenreich, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Erzieherinnen- und Erzieherberufe haben Priorität im Freistaat Bayern – Qualifizierungsoffensive
Drs. 16/15828, 16/17263 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Vereinsvormundschaften im Freistaat Bayern
Drs. 16/15925, 16/17266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Frühe Hilfe statt späte Härte für junge Intensivtäter – Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität
Drs. 16/15981, 16/17246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☐	☐

17. Antrag der Abgeordneten Julika Sandt, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP), Josef Zellmeier CSU
Kommunale Mandatsträger verstärkt über Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen informieren
Drs. 16/16013, 16/17040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐				

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16044, 16/17267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐				

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bereichsausnahme für den Wassersektor in Trilog-Verhandlungen
Drs. 16/16047, 16/17290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐				

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Soforthilfe für Krankenhäuser!
Drs. 16/16052, 16/17270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☒	☐	☐

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen
Drs. 16/16138, 16/17502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer,
Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Frauen im Polizeidienst
Drs. 16/16170, 16/17337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

23. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Trinkwasser vor der Privatisierung schützen – den Worten müssen Taten folgen
Drs. 16/16245, 16/17288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der Zahlungsrichtlinie: Keine Benachteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben
Drs. 16/16323, 16/17048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen
Drs. 16/16324, 16/17314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesregierung muss sich für Realisierung einer Europäischen Frauenquote einsetzen
Drs. 16/16351, 16/17346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

27. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u.a. und Fraktion (SPD)
Rechtsstaatlichkeit bleibt als Kriterium für die Entwicklung der bayerisch-ungarischen Beziehungen unverzichtbar
Drs. 16/16383, 16/17345 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Änderung des Telekommunikationsgesetzes datenschutzfreundlich gestalten – Schutz von Bestandsdaten
Drs. 16/16404, 16/17295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16405, 16/17283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

30. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Inge Aures u.a. SPD
Unabhängige Ermittlungen gegen Amtsträger ermöglichen
Drs. 16/16439, 16/17042 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Fachgespräch zur Situation der notärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 16/16455, 16/17485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Südosteuropa stärken!
Drs. 16/16502, 16/17342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP) Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)
Drs. 16/16652, 16/17011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant und Fraktion (FDP) Salafistische Bestrebungen in Bayern
Drs. 16/16653, 16/17013 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒				

35. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilverlagerung des Finanzamts München nach Höchstädt stoppen Geldverschwendung beenden
Drs. 16/16706, 16/17255 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kulturwirtschaft fördern
Drs. 16/2817, 16/17356

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

37. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos u.a. SPD
Bahnstrecke Marktredwitz – Pilsen wieder ins Kernnetz der Transeuropäischen
Verkehrsnetze (TEN-T)
Drs. 16/16654, 16/17271

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl,
Albert Füracker u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Zwischenbericht zum Schwarzwildprojekt
Drs. 16/17030, 16/17323

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Polizeibesuch nach Twittermeldung zum Fall Mollath
Drs. 16/17103, 16/17326

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auskunft über möglicherweise weiteren NSU-Terroranschlag 1999 in Nürnberg
Drs. 16/17106, 16/17325

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeieinsatz wegen Twittermeldung?
Drs. 16/17291, 16/17324

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat